

Wachstum, Wachstum...über alles!

Kann das heute noch eine Lösung sein?

wie nachfolgend der Fall – in die Untersuchungen einbezogen würden.

Die Entwicklungen der Wirtschaftsleistung im Vergleich mit jenen der Geldvermögen

In der *Darstellung 1*, auf der nächsten Seite, sind den Entwicklungen der Wirtschaftsleistung, also des BIP, jenen der Geldvermögen gegenüber gestellt, und zwar von 1950 bis 2010 in realen und damit inflationsbereinigten Größen.

Wie daraus hervorgeht, sind die Entwicklungsverläufe beider Größen höchst unterschiedlich. Während das Sozialprodukt, also die Summe aller wirtschaftlichen Leistungen, in realen Größen auf rund das Achtfache ausgeweitet wurde, nahmen die Geldvermögen auf das 46-fache zu und damit knapp sechs Mal mehr als die Wirtschaftsleistung. Außerdem zeigt die BIP-Entwicklung einen fast linearen Verlauf, während die Kurve der Geldvermögen eine zunehmende Entwicklungs-Beschleunigung erkennen lässt.

Bezogen auf das BIP ergibt sich also, dass wir heute etwa acht Mal so viel produzieren und verbrauchen wie zum Anfang unserer Wirtschaftsepoche. Was bei diesen Steigerungen der Wirtschaftsleistung jedoch meist unbeachtet bleibt, ist der Tatbestand, dass eine solche gleich bleibende lineare Entwicklung nur bei einem ständig abnehmendem Prozentsatz möglich ist! So waren (wie in *Darstellung 1* zusätzlich eingetragen!) für diese linearen Leistungssteigerungen zwischen 1950 bis 1960 im Durchschnitt noch jährliche Steigerungen von 8,5 Prozent erforderlich, während zwischen 1995 und 2005 dazu 1,5 Prozent genügten! Das heißt, in einer jungen Volkswirtschaft – wie z. B. in China und anderen startenden Ländern – mögen höhere Wachstumsraten anfangs sinnvoll oder sogar notwendig sein. In bereits entwickelten Wirtschaften müssen sie jedoch genau so gegen Null absinken, wie das bei jedem von uns im Alter von etwa 20 Jahren der Fall gewesen ist. Denn ständiges Wachstum, das über eine gewisse optimale Größe hinausgeht, ist für eine Volkswirtschaft letztlich genau so tödlich wie bei jedem Lebewesen.

Helmut Creutz

Bei dem Begriff „Wachstum“ hat man früher an die Vorgänge in der Natur gedacht.

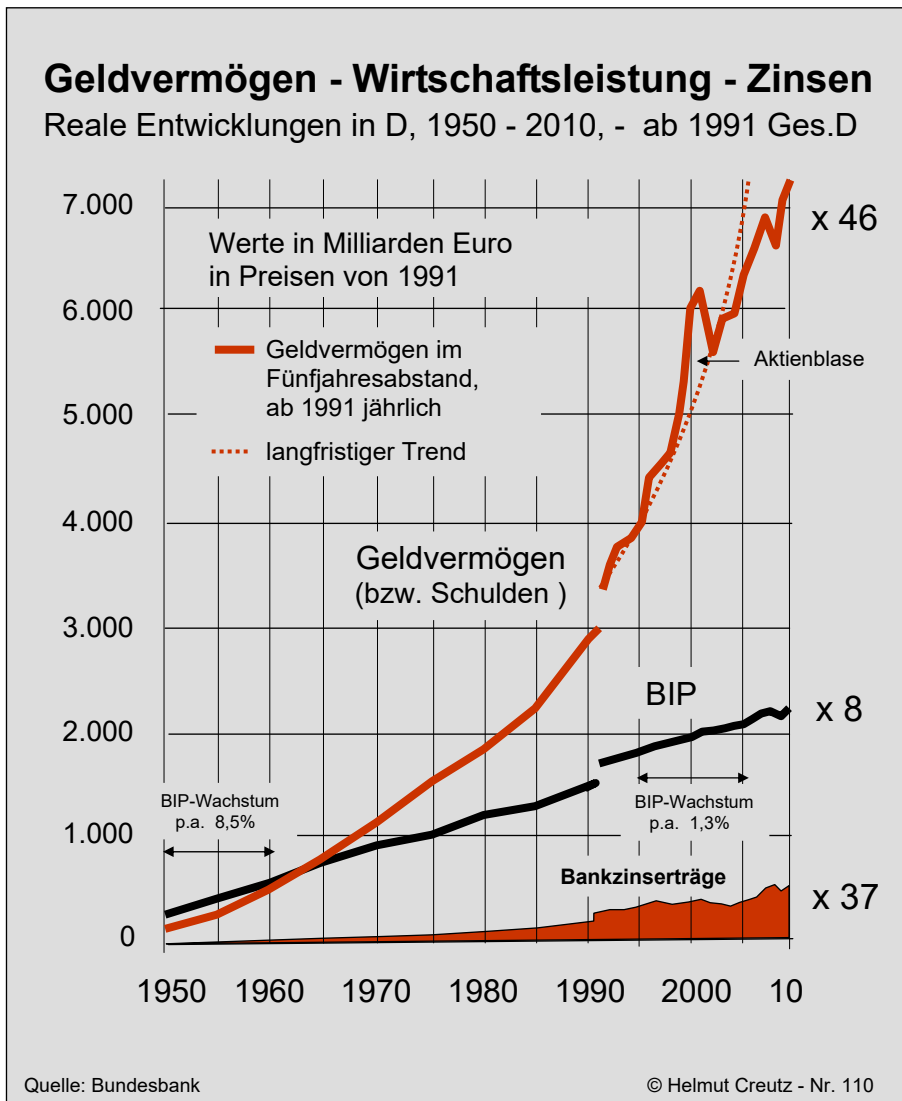
Heute steht er in aller Welt für jene Ausweitungen im wirtschaftlichen Bereich, die mit jenen in der Natur nichts mehr zu tun haben und sie sogar zunehmend gefährden. Die fast täglichen Katastrophen-Meldungen aus aller Welt sind ein Beweis dafür!

Doch selbst angesichts der weltweiten Banken- und Finanzmarktkrisen, bis hin zu den sich häufenden Kollapsgefahren unseres ganzen Geldsystems, scheint eine kritische Befassung mit diesem „Wachstum in der Wirtschaft“ eher deplaziert. Vielmehr werden weitere Steigerungen der Wirtschaftsleistung fast überall als einzige Lösung der Probleme angesehen! Dabei weiß eigentlich jeder Mensch aus seiner eigenen Entwicklung, dass es für jedes naturverträgliche Wachstum immer eine optimale Obergrenze gibt: Kein Baum wächst in den Himmel und kein Mensch über das 20. Lebensjahr hinaus!

Ebenso weiß man aus Erfahrung, dass man normalerweise bei gleich bleibender Leistung und gleich bleibendem Einkommen nicht ärmer werden kann. Im Gegenteil: Auch ohne Wirtschaftswachstum kann jeder seinen Wohlstand und sein Wohlbefinden auch

dann noch durch Anhäufungen langlebiger materieller wie auch geistiger Güter weiter steigern, im Rahmen zunehmender Produktivität sogar mit sinkenden Arbeitszeiten! Warum aber drohen uns Ökonomen Verluste an, wenn sich die Wirtschaftsleistung stabilisiert? Doch warum werden Politikern die Knie weich, wenn die Wachstumsraten einmal gegen Null zu sinken drohen? Und warum rufen auch Gewerkschaften und Unternehmerverbände gleichermaßen weiterhin nach Ausweitungen der Wirtschaftsleistung!

Die Ursache liegt in einer Zwickmühle, in der praktisch alle Länder stecken: Entweder ohne Wachstum in den sozialen – oder mit Wachstum in den ökologischen Kollaps, wobei man offensichtlich Letzteres eher in Kauf zu nehmen scheint! – Zwar hat man in den letzten Wochen das Thema Wachstum einmal etwas kritischer diskutiert, so auf dem evangelischen Kirchentag und bei einer Attac-Großveranstaltung. Und sogar der Bundestag hat vor wenigen Monaten eine Enquete-Kommission ins Leben gerufen, die sich mit dem Thema Wachstum befassen soll und bei der die Grünen sogar das Thema „Geld und Zins“ eingebracht haben. Aber ob sie dafür bei den anderen Parteien offene Ohren finden, dürfte mehr als fraglich sein – Dabei würde man das genannte Zwickmühlen-Dilemma überwinden können, wenn geldbezogene Fragen –



Darstellung 1 (Nr. 110)

Warum aber kommt es in unseren Volkswirtschaften zu keinen Stabilisierungen der Wirtschaftsleistung, selbst dann nicht, wenn deren Ausweitungen immer katastrophalere Folgen hat und schließlich weiteres Wachstum nur noch durch eine immer schnellere Vernichtung bereits vorhandener Güter realisiert werden kann – notfalls auch durch immer kostspieligere Ausgaben für Raumfahrt oder Rüstung oder sogar kriegsrische Einsätze? –

Das Überwachstum im monetären Bereich

Die Antwort darauf ergibt sich aus der explosiv zunehmenden Kurve der Geldvermögen, deren Verlauf bereits optisch den Zusammenbruch deutlich werden lässt, nicht anders als bei allen sonstigen exponentiellen Abläufen der Fall!

Ursache dieses exponentiellen Überanstiegs der Geldvermögen wiederum

ist der Tatbestand, dass die Zinssätze, mit denen die Geldvermögen laufend bedient werden müssen, im Gegensatz zu den Wachstumsraten des BIP immer im positiven Bereich bleiben, selbst bei einem Wirtschaftswachstum von null Prozent! Und da auf Grund des Zinseszins-effekts die Masse der Geldvermögen ständig schneller zunimmt, sind Ein- oder gar Zusammenbrüche in diesem Bereich aus einfachen mathematischen Gründen unvermeidbar. – Sogar die Deutsche Bundesbank hat bereits 1993 von der „Selbstalimentation der Geldvermögensbildung“ geschrieben und davon, dass damals bereits die Zinsgutschriften bei 80 Prozent der Neuersparnisse der Haushalte lagen. Inzwischen dürften mehr als 90 Prozent aus diesem Selbstvermehrungs-Automatismus resultieren. Allein die Zinsauszahlungen der deutschen Banken haben im Jahr 2008 bei 342 Mrd. Euro gelegen, was im Durchschnitt bei jedem Haushalt

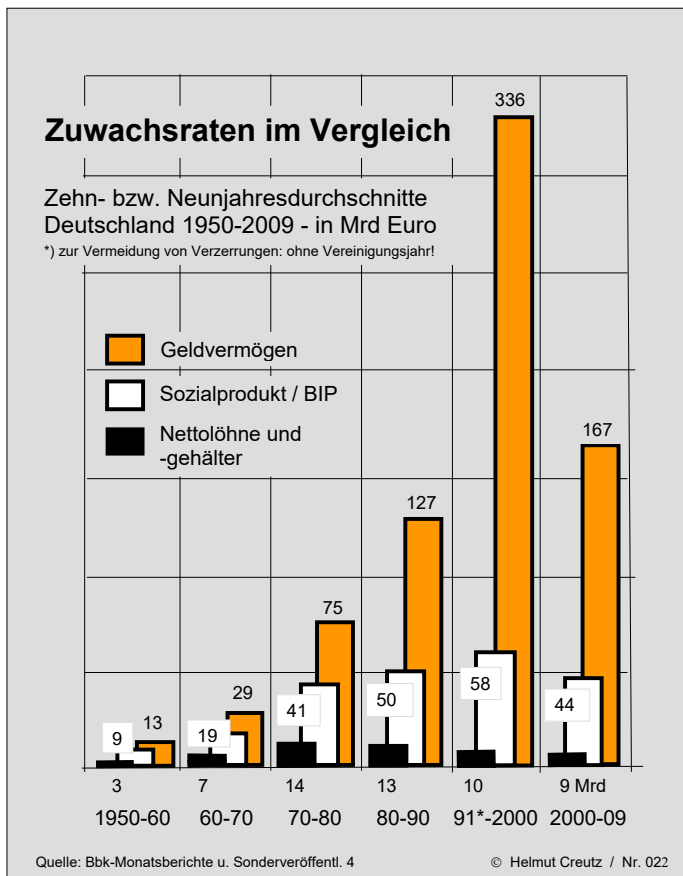
als Einnahme von rund 9.000 Euro zu Buche schlagen würde – wenn die Geldvermögen gleichmäßig verteilt wären!

.....und die Schattenseite der Geldvermögen?

Doch so erfreulich diese leistungslos erhaltenen Einkommen auch für die Empfänger sind: Weniger erfreulich ist der Tatbestand, dass diesen Geldvermögen in fast gleicher Höhe auch Schulden gegenüberstehen und den Zinseinkommen Zinslasten, erhöht noch um die Zinsmarge, die von den Banken zur Deckung ihrer Kosten und des Risikos hinzugerechnet wird.

Angesichts dieser Gegebenheiten liegt es nahe, die Kredit vergebenden Banken als die eigentlichen Bösewichter zu sehen, da sie den Bürgern über die Zinsen immer mehr Geld abknöpfen. Doch diese Annahme wäre zu kurz gegriffen. Denn in jeder Volkswirtschaft können nicht nur die Geldvermögen über Kredite wieder in den Kreislauf zurückgeführt werden, sondern es ist dringend erforderlich! Denn ohne diese Rückführungen würde das gesparte Geld in der Wirtschaft fehlen und diese zwangsläufig aus Geldmangel zusammenbrechen. – Bei der häufiger zu hörenden Annahme, die Notenbanken könnten doch solchen Engpässen mit „frischem Geld“ entgegenwirken, verdrängt man jedoch die inflationären Folgen einer solchen Regulierung, wie dies zu Recht auch bei den in unseren Tagen eingesetzten „Geldspritzen“ der Notenbanken befürchtet wird!

Wie sich diese Zinsbelastungen in Deutschland verändert haben, geht aus der unteren Eintragung in der Darstellung 1 hervor, in der allerdings nur jene Zinsen erfasst sind, die von den Banken jährlich aus der Wirtschaft eingezogen und zu 70 bis 80 Prozent wieder an die Sparer ausgeschüttet worden sind. Abgesehen von den Schwankungen der Zinssätze, nehmen diese Zinsströme also im Gleichschritt mit den Geldvermögen und Schulden zu und damit ebenfalls mit exponentieller Tendenz, wenn auch Zinshöhenbedingten Schwankungen. Das heißt aber auch: Ohne ein ständiges Wirtschaftswachstum würden heute die Zinslasten bereits das Gros des BIP beanspruchen!



Darstellung 2 (Nr. 022)

Die Wachstumsraten im Jahresdurchschnitt

gehen aus der *Darstellung 2* hervor, in der die Zunahme des BIP und der Geldvermögen in nominellen Milliarden-Werten wiedergegeben sind, jeweils als Durchschnittswerte in den vergangenen sechs Jahrzehnten. Zusätzlich sind zum Vergleich jeweils auch die Zuwachsraten der Nettolöhne und -gehälter angeführt.

Während die BIP-Zuwachsgrößen in den ersten fünf Jahrzehnten eher linear anstiegen, fielen die Nettolohngrößen, die anfangs noch im Gleichschritt mit dem BIP zugenommen hatten, bereits ab den 80er Jahren kontinuierlich zurück. Die Zuwachsraten der Geldvermögen stiegen dagegen mit deutlicher Beschleunigung an: Ende 1991 noch bei 3.083 Mrd. liegend erreichten sie Ende 2000 den Betrag von 6.107 Mrd. und damit eine Zunahme von 3.024 Mrd. Daraus ergibt sich für die neun Jahre der in der Grafik angeführte Betrag von 336 Mrd. p. a., dem eine Zunahme des BIP von 58 Mrd. und einer der Nettolohneinkommen von ganzen 10 Mrd. gegenüberstand! Während also das Verhältnis zwischen Lohn- und Geldvermögenswachstum anfangs noch bei 1:4 lag und in den 80er-Jahren

bei 1:10, stieg es in den 90er-Jahren auf 1:34 an! Als Folge reichten in den 90er-Jahren die gesamten Lohnzuwächse nicht mehr aus, um die gestiegenen Zinsansprüche der Geldvermögen, die sich letztlich in allen Preisen niederschlagen, überhaupt noch zu bedienen! Das bedeutet, die Kaufkraft der Arbeitleistenden ist in den letzten Jahrzehnten nicht nur durch die Rückgänge der absoluten Anteile zurückgefallen, sondern auch noch durch den

Anstieg der Zinsbelastungen!

Umgekehrt bedeutet das Überwachstum der Geldvermögen, dass sich der Reichtum der Reichen zunehmend potenzierte und die Anzahl der Milliardäre alle zwei bis drei Jahre verdoppelt hat. Das bedeutet aber auch, dass diese eskalierenden Massen der Geldvermögen, trotz Ausbreitung über den ganzen Globus, nur noch unzureichend in normalen Güterinvestitionen unterzubringen waren und sich damit die Staaten zunehmend gezwungen sahen, die weiter zunehmenden Überschüsse aufzunehmen. Doch da auch damit die Geldvermögen nicht in den Markt zurückgeführt werden konnten, drängten sie immer mehr, Rendite suchend, in die Spekulation. Die Fonds und Banken gingen zunehmend hochriskante Geschäfte ein und das System wurde immer labiler, bis es zu jenen Zusammenbrüchen kam, die wir noch alle in Erinnerung haben: Anfangs des ersten Jahrzehnts im neuen Jahrtausend waren es die Kurseinbrüche an den Börsen, denn obwohl Aktien Anteile an Sachvermögen sind, werden sie in verwirrender Weise zu den Geldvermögen gezählt!

In der zweiten Hälfte des letzten Jahrzehnts kam es dann zu jenem Desaster an den Finanzmärkten, deren Folgen

wir immer noch durchleben und deren Auswirkungen sich in den Einbrüchen aller Säulen widerspiegeln. Und diese Einbrüche sind nur die Vorstufen zu noch schlimmeren Ereignissen, wenn wir nicht endlich die „Flamme unter dem Kessel“ kleiner drehen, der wir das alles zu verdanken haben: Dem Automatismus der zinsbedingten Selbstvermehrung der Geldvermögen!

Welche Umverteilungswirkungen jedoch – trotz Wirtschaftswachstum – mit den Zinsströmen verbunden sind, geht aus der *Darstellung 3* hervor, in der die zinsbedingten Größen einmal auf die einzelnen Haushalte umgerechnet sind und zwar bezogen auf die drei Stichjahre 1950, 1980 und 2010. Dabei sind die Einkommenssäulen jeweils gleich groß eingetragen und in Relation dazu die Gesamtverschuldungen, die neben diesen Einkommen jeweils stehen und aus diesen Einkommen zu bedienen sind. – Die jeweiligen absoluten Größen sind unter diesen Säulen jeweils in Euro je Haushalt angeführt.

In den Einkommenssäulen sind dann wiederum die Anteile markiert, die insgesamt von den Haushalten für die Schuldzinsen aufzubringen sind, die dann wiederum die Geldvermögen (und damit auch die Schuldensäulen) größer werden lassen.

Die Modalitäten der Einkommensverteilung:

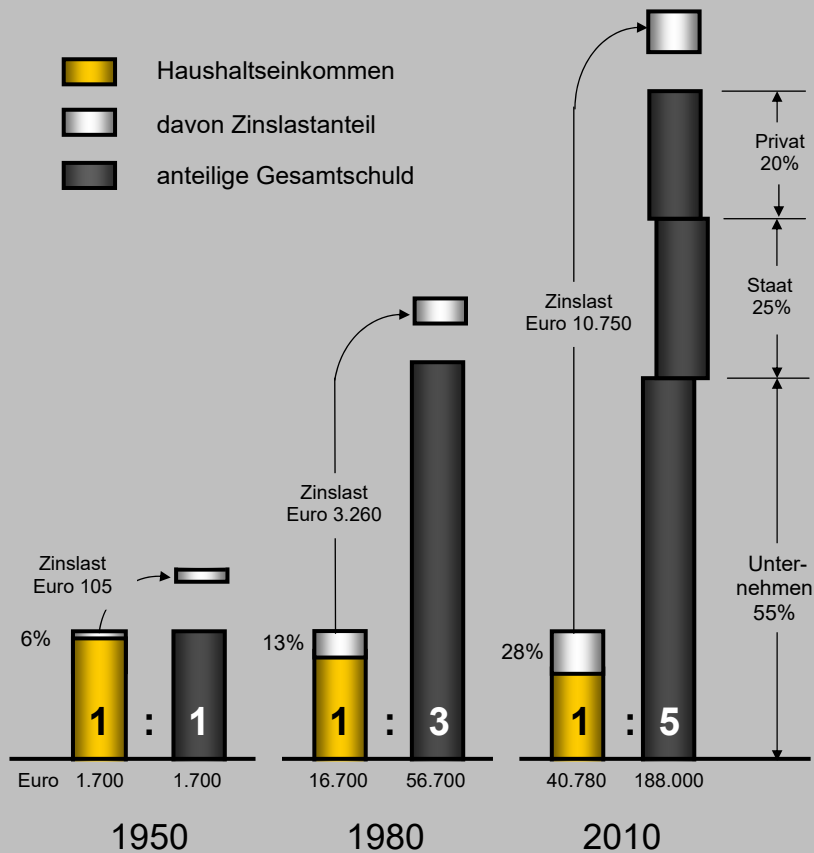
Bekanntlich wird das Sozialprodukt bzw. Volkseinkommen in jedem Jahr zwischen Kapital und Arbeit aufgeteilt. Der Staat greift wiederum auf dieses Einkommen zurück, beim Kapital bekanntlich mit nachlassendem Erfolg, bei der Arbeit dafür umso intensiver. Die Natur und hier vor allem der Boden, also die Grundlagen allen Wirtschaftens und Wohlstands, werden dagegen immer noch als kostenlose Quelle betrachtet und gehen weder in die Kalkulationen noch die Verteilungsrechnungen ein.

Überprüfen wir vor diesem Hintergrund die tatsächlichen Leistungs- und Verteilungsentwicklungen in Deutschland, und zwar bezogen auf die wichtigsten Größen, dann lagen z. B. im Jahr 2010 das verfügbare Einkommen je Haushalt bei 1.630 Mrd. Euro und die gesamte Verschuldung von Staat, Privat und Wirtschaft bei 7.500 Mrd. (vorläufige

Einkommen - Verschuldung - Zinslastanteile

Je Erwerbstätigen bzw. Haushalt - Deutschland 1950, 1980 u. 2010*

* vorläufige Zahlen



Quelle: Bundesbank Monatsberichte u. Sonderveröffentlichung. 4

© Helmut Creutz / Nr. 035 b

Darstellung 3 (Nr. 035 b)

Zahlen). Dividiert man diese Gesamtgrößen durch die Anzahl der rund 40 Millionen Erwerbstätigen bzw. Haushalte, dann ergeben sich im Jahr 2010 – wie aus *Darstellung 3* hervorgeht – für jeden einzelnen Haushalt das unter den Säulen eingetragene rechnerische Durchschnittseinkommen von 40.780 € und ein Anteil an den Schuldenlasten von 188.000 €.

Vergleicht man diese Umrechnungen mit den Ergebnissen aus dem Jahr 1950, dann zeigt sich, dass die Einkommen in den 60 Jahren zwar nominell auf das 24-fache angestiegen sind, die Gesamtverschuldungen jedoch auf rund das 110-fache. Mit diesen Überentwicklungen der Schulden Säulen nehmen natürlich im Gleichschritt auch die Zinsbelastungen zu, die letztendlich von den Erwerbstätigen zu erwirtschaften bzw. von den Haushalten über Preise, Steuern und Gebühren zu bezahlen sind.

Zieht man für die Zinsbelastung der Schulden einmal die Größe der Bankzinserträge heran, die man in etwa mit den gesamten volkswirtschaftlichen Schuldenzinsbelastungen gleichsetzen kann und die 2010 bei etwa 430 Mrd. Euro liegen dürften (die genauen Zahlen werden erst im September diesen Jahres veröffentlicht!), dann ergibt sich für jeden Haushalt die in der Grafik wiedergegebene Durchschnitts-Zinslast von 10.750 Euro = 26 % der Einkommen. 1980 lag dieser Anteil erst bei 19 % und 1950 sogar nur bei 6 % der Einkommen. Rechnet man diese Prozentzahlen in Arbeitszeiten um, dann musste jeder Erwerbstätige 1950 etwa drei Wochen für die Zinsbedienung arbeiten, 1980 rund elf Wochen und 2010 fast vierzehn Wochen, also mehr als ein Vierteljahr!

Zu diesen schuldenbezogenen Zinslasten kommen jedoch noch diejenigen hinzu, mit denen das schuldenfreie Sachkapital zu bedienen ist. Da das

wirtschaftlich eingesetzte Gesamtkapital einschl. Boden im Jahr 2010 etwa bei 10.400 Milliarden Euro lag, der verschuldete Anteil davon aber bei etwa 7.500 Mrd., muss man die hier eingesetzten schuldenbezogenen Zinslasten von 430 Mrd. noch einmal um rund die Hälfte und damit auf etwa 645 Mrd. erhöhen, wodurch sich für diese Gesamtbelastung durch Zinsen im Jahr 2010 sogar ein Betrag von rund 40 % der verfügbaren Haushaltseinkommen ergibt. Bezogen auf die Haushaltsausgaben in Höhe von 1.445 Mrd., liegt dieser Betrag dann sogar bei durchschnittlich 46 %!

Natürlich sind in diesen Größen auch die privaten Schuldenzinsen enthalten, die unabhängig von Haushaltsausgaben gezahlt werden müssen, ebenso das Gros jener Schuldenzinsen des Staates, die bereits vorab über Lohn- und sonstige Abzüge die Einkommen der Haushalte verringert haben, so dass der Durchschnittsanteil in den Haushaltsausgaben bei etwa 32 oder 34 Prozent liegen dürfte.

Selbstverständlich stehen all diesen Zinszahlungen der Haushalte, verringert um die Bankmarge, in fast gleicher Höhe auch wiederum Zinseinkünfte gegenüber. Allerdings ist der Schlüssel für diese Zins-Einkünfte der Haushalte nicht das verfügbare Einkommen oder die Höhe der Ausgaben, sondern das jeweilige Zins bringende Vermögen. Da diese Vermögen jedoch wesentlich extremer unter den Haushalten verteilt sind als die Einkommen (das reichste Haushalts-Zehntel verfügt z. B. über rund zwei Drittel aller Zins bringenden Vermögenswerte!), ergeben sich in den einzelnen Haushalten höchst unterschiedliche Zinsab- und -zuflüsse.

Die sich daraus ergebenden Salden sind darum bei 85 bis 90 Prozent der Haushalte negativ, weshalb die große Mehrheit der Haushalte auch deutlich mehr Zinsen zahlt, als sie über Zinsgutschriften zurück erhält! Bei den restlichen 10 bis 15 Prozent der Haushalte sind die Salden dagegen positiv, bei zwei bis drei Prozent der Haushalte sogar in einem gravierenden Maße. Das heißt, bei dieser reichen Minderheit schlagen die Verluste, die das Gros der Haushalte in Kauf nehmen muss, konzentriert und ständig steigend, als Nettogewinne zu Buche. Damit erklärt sich auch die Scherenöffnung zwischen

Arm und Reich, die in den letzten 20 Jahren immer rascher auseinander geklafft ist (s. dazu auch meine Umverteilungsermittlungen in **HUMANE WIRTSCHAFT** 05/2010).

Welche Folgen haben diese Überentwicklungen der Geldvermögen und Schulden?



Wie bereits beschrieben, hat das Kapital, und hier vor allem das Geldkapital, bei der Verteilung des erarbeiteten Wirtschaftskuchens immer den Erstzugriff. Seine Ansprüche, resultierend aus Geldvermögen bzw. Schulden mal Zinssatz, sind nicht nur vorab vertraglich festgelegt, sondern sie nehmen, bedingt durch den Automatismus des Zins- und Zinseszineffekts, auch noch von Jahr zu Jahr zu. Und diese Ansprüche sind unausweichlich einzuhalten, unabhängig davon, ob die Wirtschaft ausreichend, unzureichend oder überhaupt nicht gewachsen ist. Das heißt, je geringer das Wachstum der Wirtschaft, umso dramatischer wirken sich die Folgen der festliegenden und sogar weiter wachsenden Ansprüche des Geldkapitals aus. – In welchem Maße das in allen Volkswirtschaften der Fall ist, erleben wir in unseren Tagen, und dabei handelt es sich fast immer nur um jene Verschuldungen, die von den Staaten aufgenommen worden sind und in Deutschland bei einem Viertel der Gesamtverschuldungen liegen, wie aus der *Darstellung 3* ersichtlich ist.

Auf Grund dieser Vorrangstellung des Geldkapitals bleiben für die Unternehmen, vor allem die verschuldeten, immer häufiger nur Einsparungen im Lohnbereich oder Rückstellungen von Investitionen übrig. Beides wiederum führt letztlich zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit und damit einem Rückgang der Massen-Kaufkraft, die auf Grund der Sättigung nicht durch eine Mehrnachfrage durch die reicheren Minderheiten ausgeglichen werden.

Dieses Verteilungs- bzw. Umverteilungsdilemma hat der frühere Präsident der Landeszentralbank Niedersachsen, Prof. Helmut Kotz, 2001 in seiner Neujahrsansprache einmal so umschrieben:

„In der unvollständigen Welt, in der wir leben,...ist Arbeitslosigkeit der Mecha-

nismus, der die Ansprüche von Lohn- und Kapitaleinkommensbeziehern, die in der Summe bisweilen höher als die Wertschöpfung sind, in Übereinstimmung bringt....Nur dann, wenn der Reallohn, der von den Arbeitnehmern gefordert wird, zu der Mindestkapitalverzinsung passt,...wird auch die Inflationsrate stabil bleiben.“

Das heißt: Wenn das Wachstum der Wirtschaft nicht mit jenem des Kapitals Schritt hält, müssen die steigenden Kapitalansprüche entweder mit Arbeitslosigkeit und damit sinkenden Lohnkosten, oder mit Inflation ausgeglichen werden. Das aber heißt auch, dass unter den heutigen Bedingungen Vollbeschäftigung und Kaufkraftstabilität nur durch ein ständiges Wirtschaftswachstum in den Griff zu bekommen ist, das mindestens so hoch sein muss, wie die von Jahr zu Jahr exponentiell wachsenden Ansprüche des Kapitals!

Es ist verständlich, dass sich unter diesen Gegebenheiten die Parteien, Politiker und Verbände in dem Ruf nach Wachstum nicht nur einig sind, sondern förmlich überbieten. Und vor dem Hintergrund der sozialen Folgen traut sich auch kaum noch ein Politiker das Thema Umwelt in den Mund zu nehmen oder gar Ökosteuern vorzuschlagen, die den Verbrauch tatsächlich drosseln und die Umwelt entlasten würden.

Was ist zu tun?



Da eine Anpassung des Wirtschaftswachstums an das Tempo der explosiven Zunahmen im Monetärbereich undenkbar ist, bleibt nur die Anpassung dieses Bereichs an die Gegebenheiten in der Realwirtschaft. Das heißt konkret: Nur wenn die Zinssätze und damit die Wachstumsraten der Geldvermögen/Schulden auf bzw. unter die Wachstumsraten der Wirtschaft absinken, könnte die weitere Zunahme der Verteilungsspannungen ebenso verhindert werden wie der weitere Zwang zu noch mehr Wirtschaftswachstum, der letztendlich nur zu einer Selbsterstörung führen kann. Und zu einer wirklichen Entspannung der Situation, die neben dem sozialen Frieden auch jenen mit der Natur einschließt, könnte es dauerhaft nur dann kommen, wenn alle vorgenannten Wachstums- und Anspruchsentwicklungen gemeinsam gegen Null tendieren. Das zumindest in

den Industrienationen, die ihren Abstand zur übrigen Welt immer noch weiter vergrößern.

Sowohl bei den früheren Bündnis-für-Arbeit-Runden als auch den heutigen Verhandlungen zwischen Politik und Wirtschaft müsste sich auch das Geldkapital verpflichten, seine Ansprüche an den Gegebenheiten auszurichten. Dieser Effekt würde sich im übrigen automatisch ergeben, wenn der Knappheitsgewinn des Geldes, der Zins, genauso mit den Sättigungsentwicklungen in einer Wirtschaft gegen Null sinken würde, wie das bei den Knappheitsgewinnen auf den Gütermärkten der Fall ist. Und zustande käme dieser Effekt durch die Unterbindung der heutigen Möglichkeit des Geldes, sich bei Sättigungsentwicklungen von den Kapitalmärkten zurückzuziehen und über diese künstliche Verknappung den Zins marktwidrig hoch zu halten. Das wiederum wäre durch eine Umlaufsicherung möglich, die den regelmäßigen Kreislauf des Geldes von der Zins- und Inflationshöhe unabhängig macht.

Ob solche Ansätze unter den inzwischen erreichten Problemsituationen noch denkbar sind, vor allem vor dem Hintergrund der staatlichen Überschuldungen und der spekulativen Ausuferungen im Bereich der globalen Banken und Finanzmärkte, mag zwar sehr fraglich sein. Aber mit einer Klärung dieser Zusammenhänge könnte zumindest ein Wissensstand erreicht werden, mit dem bei einem Neuanfang die Wiederholung der hier beschriebenen Fehlentwicklungen verhindert werden könnten.



Zum Autor
Helmut Creutz



* Juli 1923, † Okt. 2017, ab 1972 freier Architekt, Wirtschaftsanalytiker und Publizist. 1979/80 war er Mitbegründer der Alternativen Liste und der Grünen in Aachen und NRW. Seit 1980 befasste er sich mit den Zusammenhängen zwischen Geld und Gesellschaft, Währung und Wirtschaft. Umfangreiche Vortrags- und Seminar-tätigkeit, Veröffentlichung von zahlreichen Büchern, Aufsätzen und statistischen Grafiken zum Thema zeichnen ihn aus.

Webseite: <http://www.helmut-creutz.de>